

Anmerkungen zu „Reichtum ohne Gier. Wie wir uns vor dem Kapitalismus retten“ von Sahra Wagenknecht

Markus Henn, 09.02.2020

Sarah Wagenknecht hat in ihrem Buch zwei Seelen in der Brust: eine kapitalismusfeindliche und eine marktfreundliche. Ihre Neigung zum Markt gründet Wagenknecht auf die Unterscheidung zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus. Der Markt ist bei ihr ein im Prinzip gutes System, das nur durch das Kapital beziehungsweise das System Kapitalismus korrumpiert wird. Trotz der zentralen Bedeutung der Unterscheidung liefert Wagenknecht keine überzeugende Abgrenzung der beiden Systeme. Ihre Bekenntnisse zum Markt bleiben dadurch gebrochen und widersprüchlich.

Eine Definition des Kapitalismus durch Wagenknecht ist, dass in ihm „um des Kapitals willen“ produziert werde, „dass ihm also die Erträge auf das eingesetzte Kapital das eigentliche Ziel der Produktion sind“. Produkte würden im Kapitalismus hergestellt, „nicht um einen vorhandenen Bedarf zu decken, auch nicht um Arbeitsplätze zu sichern, sondern um das investierte Kapital zu verwerten und eine möglichst hohe Rendite aus ihm herauszuziehen“ (S. 153). Nun kann man unterstellen, dass es einem Kapitalisten nur darum geht, Renditen zu bekommen. Aber wofür sonst kann jemals produziert werden, wenn nicht für einen Bedarf? Selbst *wenn* jemand nur sein Kapital vermehren will, muss er – mithilfe von Arbeitskraft – etwas produzieren oder finanzieren, was sich *verkaufen* lässt. Insofern *kann nie nur* um des Kapitals willen produziert werden. Außerdem ist die Frage, warum in einer Marktwirtschaft von einem Unternehmen nicht nur um des Absatzes willen produziert werden sollte, sondern um der Arbeitsplätze und des Bedarfs willen.

Ein weiteres Abgrenzungskriterium für Kapitalismus sind bei Wagenknecht Privilegien. Wie wenig konsequent sie mit diesem Kriterium umgeht, zeigen ihre knappen historischen Ausführungen zu alten Zivilisationen. So lobt sie unter anderem die Römer und das „europaweite Netz der alten Römerstraßen“ (S. 167). Das Mittelalter dagegen brachte Verfall und Privilegien (S. 167f). Zum einen blendet Wagenknecht mit diesem Lob aus, wie elitär und gewalttätig das römische Reich war. Zum anderen sind dies gerade Privilegien, die durch den Kapitalismus aufgehoben wurden. Doch trotz seiner Privilegien und starren sozialen Strukturen bot das Mittelalter einen gewissen Schutz vor Ausbeutung, wie Karl Polanyi in „The Great Transformation“ beschrieb. Dieser Schutz wurde durch den Kapitalismus mit seiner Forderung nach freizügigen Arbeitskräften aufgebrochen. Wagenknecht macht auch auf diese Ambivalenz der Befreiung in der Aufklärung aufmerksam. Aber sie denkt diesen Punkt und die Folgen für die Bewertung der ständischen Privilegien nicht konsequent durch. Das zeigt sich auch an der Kritik der Freizügigkeit in der EU, die sie dann doch wieder als Bedrohung sieht, obwohl es hier auch um „Privilegien“ der vorher ansässigen Bevölkerung geht. Wagenknecht verwickelt sich hier in Widersprüche, was ihre Haltung zu Privilegien und Marktkräften angeht.

„Leistungslose Einkommen“ sind laut Wagenknecht typische Privilegien des Kapitalismus, nicht aber der Marktwirtschaft. Was das genau ist, wird nicht ausgeführt. Teils scheint Wagenknecht damit Einkommen ohne Arbeit zu meinen, teils ein für eine Arbeit unangemessen hohes Einkommen. Leistungslos sind für Wagenknecht jedenfalls Einkommen, die sich aus einer Monopol- oder Oligopolstellung ergeben. Allerdings wird die Schwelle zum Oligopol nicht definiert und auch nicht, welcher Anteil der Einkommen genau leistungslos ist. Ihre Kritik scheint auch damit zusammen zu hängen, dass sie dauerhafte Gewinne in echten Märkten für unmöglich hält.

Theoretisch hat sie damit recht, sie fragt aber nicht, ob diese Theorie nicht verkennt, dass sich der Markt in der Realität immer anders verhält. Es gibt keine echte Auseinandersetzung damit, wo Größenvorteile tatsächlich vorhanden sind, ob selbst der Kapitalismus nicht bei bestimmten Größen von Unternehmen Konkurrenten in den Markt eintreten lässt und wie eine Marktwirtschaft ohne Kapitalakkumulation funktionieren soll. Ronald Coase hat das Problem in „[The Nature of the Firm](#)“ klarer beschrieben als Wagenknecht: Die Firma ist *immer* eine Ausschaltung des

Marktmechanismus und die Frage ist, warum der Markt aus rein ökonomischen Gründen *nicht komplett* ausgeschaltet wird. Wagenknecht bleibt völlig unbeleckt von einer Kritik an der *grundsätzlichen* Effizienz des Marktes wie der Schumpeters in „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“, dass „vollkommene Konkurrenz die Ausnahme bildet, und dass selbst wenn sie die Regel wäre, sehr viel weniger Grund sich zu beglückwünschen bestünde, als man vielleicht annimmt“.

Das „ideale Betätigungsfeld“ finde der Kapitalismus wegen seiner Konzentrationstendenz in der „großen Industrie“ (S. 157), die keine „Newcomer“ mehr zulasse und einen neuen Feudalismus etabliere. Neben aktuellen Beispielen nennt sie dabei insbesondere die „Räuberbarone“ des späten 19. Jahrhunderts in den USA wie Vanderbilt, Rockefeller und Carnegie. Allerdings stammten alle drei aus einfachen Verhältnissen und waren selbst Newcomer, zugleich standen sie in harter Konkurrenz, weshalb zum Beispiel Rockefeller Vanderbilts weitgehendes Eisenbahnmonopol brach und ihn schließlich mit dem Bau eigener Pipelines in den Bankrott trieb. Gerade diese Konzerne sind Belege, wie offen und hart in der Konkurrenz der US-Kapitalismus damals war. Wagenknecht erklärt nicht, warum es ohne staatliche Eingriffe zu großen Umwälzungen kommt. Warum konnte Google überhaupt so mächtig werden (wo es doch Microsoft schon gab)? Warum Microsoft (wo es doch IBM gab)? Warum IBM (wo es doch General Electric gab)?

Angesichts des harten Urteils über die große Industrie überrascht es, wie sehr Wagenknecht den industriellen Fortschritt als solchen verteidigt. Ganz im Geiste von Adam Smith heißt es: „Arbeitsteilung, Spezialisierung und Professionalisierung sind die Grundlage der Wohlstandsgewinne der Menschheit in den letzten Jahrhunderten.“ (S. 202) Wagenknecht lobt sogar Thatcher, wenn es um die Abschaffung sinnloser Arbeitsplätze geht. Ist das noch Lust an der Provokation oder schon Überzeugung, wenn Wagenknecht mit dieser erzkonservativen Politikerin kokettiert, diesem Kontrapunkt linken Denkens? Und warum feiert sie hier Rationalisierung, nachdem sie vorher dem Kapitalismus vorgeworfen hat, es gehe ihm nicht um die Sicherung von Arbeitsplätzen?

Wagenknecht verbindet ihre Forderung nach Arbeitsteilung mit einer Sehnsucht nach dem schönen (materiellen) Leben. Sie will für alle Menschen „wirklich schöne Wohnungen“ und „anständige“ handgeschreinerte Möbel statt der „unsäglichen IKEA-Kultur“ mit ihren „Pappschränken“, die man „schwitzend und fluchend“ selbst aufbauen müsse (S. 197f.). Ob ein IKEA-Aufbau wirklich so schwierig ist, sei dahingestellt. Doch wie will Wagenknecht jemals zu vertretbaren Preisen einen Massenmarkt ohne Massenprodukte bedienen? IKEA ist ein typischer, geradezu idealtypischer Akteur der modernen Arbeitsteilung und Spezialisierung, die Möbel für die Massen erschwinglich machen. Aber Wagenknecht ignoriert das und will plötzlich zurück zur Handarbeit.

Eine der größten Fehlleistungen Wagenknechts ist es, ein ganzes Buch über den heutigen Kapitalismus beziehungsweise die heutige Wirtschaft zu schreiben, ohne sich tiefer mit Ökologie und Klimaerhitzung auseinanderzusetzen. Zwar wendet sie sich dagegen, „immer mehr von dem zu produzieren, was wir bereits haben“ (S. 189), aber bei sich wirkt sie eher, wenn sie dem entgegensetzt, „pauschale Wachstumskritik“ sei genauso falsch. In der Tat ist ihr Maschinenstürmerei zuwider. Sie, die zur Abwehr der IKEA-Kultur noch die handgemachten Möbel hochhält, schreibt, niemand „würde wohl [...] die Meinung vertreten, die Menschheit hätte lieber beim Spinnrad bleiben sollen“ (S. 196). Hier zeigt sich Wagenknechts Unentschiedenheit in der Frage, ob Massenproduktion immer glücklicher macht. Was dabei herauskommt, ist kein ausgewogenes Denken, sondern ein pendelndes.

Wagenknecht macht auch sonst den Eindruck, als wisse sie nicht recht, auf welcher Seite sie steht. Bei der Forschung zum Beispiel gibt sie sich viel Mühe nachzuweisen, dass der Markt kaum Innovationen bringe, sondern eigentlich nur öffentliche Forschung. Nur der Staat könne in Forschung finanzieren, „die sich nicht in kurzen Horizonten rechnen muss“ (S. 182). Der Markt sei zwar im Sinne Hayeks ein „Entdeckungsverfahren“, das führt bei Wagenknecht aber zu nicht mehr als „Backpulver, Gummibärchen und zarte[r] Schokolade“ (S. 184). Da klingt es unfreiwillig

komisch, wenn Wagenknecht direkt danach schreibt, es seien „solche Neuerungen und Ideen, die den Markt unersetzlich machen“.

Wagenknecht meint, dass in einem echten Markt ohne Patentschutz die Gewinne niederkonkurriert werden müssten und es „langfristig [...] keinen Grund [gibt], weshalb ein Unternehmer mehr als sein eigene unternehmerische Leistung bezahlt bekommen sollte.“ Dass das zwar theoretisch stimmt, aber praktisch wohl irrelevant ist, wurde schon festgestellt. Ein anderer Haken dabei ist: Was ist die unternehmerische Leistung? Gerade wenn Wagenknecht so viel von Innovation hält, müsste sie diese finanziell honorieren. Doch viel scheint sie sich von den Unternehmen selbst in der reinen Marktwirtschaft nicht zu erwarten, eben nur Backpulver und Gummibärchen.

Tiefe Abneigung hat Wagenknecht gegen die beschränkte Haftung von Unternehmern. Diese sei wegen des zugleich unbegrenzten Anrechts auf die Gewinne ein „Widerspruch in sich“ (S. 281) und deshalb abzulehnen. Das hätten auch die wirklichen Marktwirtschaftler wie Smith und Eucken so gesehen. An sich ist das Argument einleuchtend. Allerdings fragt sich, wie Wagenknecht ihren breiten Zugang zu Kapital erreichen will, wenn es keine beschränkte Haftung mehr gibt. Soll es wirklich das Unternehmertum und den von Wagenknecht geforderten breiteren Zugang zu Kapital stärken, wenn es keine beschränkte Haftung mehr gibt? Und ist die beschränkte Haftung überhaupt das Kardinalsübel des Kapitalismus, das ihn von der Marktwirtschaft abgrenzt. Bei den „Räuberbaronen“ und den heutigen Superreichen der Digitalwirtschaft wie Bezos, Gates und Zuckerberg ist die Haftungsbeschränkung letztlich nicht von großer Bedeutung, da der eigentliche Reichtum die Gesellschaft selbst ist, nicht das Anrecht auf Gewinne daraus.

Wieder inkonsequent ist Wagenknechts Denken bei der Verbindung zwischen Unternehmen und Innovation: Sie lobt die venezianische *commenda*, eine Handelspartnerschaft, bei der nur ein Partner Kapital mitbringen muss (S. 170), also wie eine Kommanditgesellschaft mit einem Komplementär heute. Zuvor hatte Wagenknecht ganz genau diese Konstellation beklagt, weil sie Erfinder abhängig mache und zu „Reibungen und Auseinandersetzungen mit den Anteilseignern“ führe (S. 160).

Im Finanzsektor sieht Wagenknecht besonders leistungslose Einkommen: „In wohl keinem anderen Wirtschaftssektor wird so leicht Geld verdient, ohne irgendeine relevante Leistung zu erbringen.“ (S. 214). Das Schaffen oder Überlassen von Kapital rechtfertigt für Wagenknecht auch deshalb keine Einkommen, weil nur wenige Menschen Zugang zu Kapital hätten. Doch ist Finanzierung mit all ihren Aspekten (Risikokontrolle, Fristentransformation, Infrastruktur, IT etc.) wirklich ein so triviales Geschäft ohne Leistung? Und: Wenn es so leicht und sicher ist, hier Geld zu verdienen, warum brechen Banken dann relativ häufig zusammen? Warum sind sie nicht die größten Konzerne der Welt (was Umsatz oder Marktwert angeht), sondern Erdöl-, Auto- und Digitalkonzerne? Warum sind die reichsten Menschen der Welt selten Banker und Fondsmanager, sondern meist Eigentümer von Konzernen anderer Branchen?

Wie weit Wagenknecht von klassischen linken Positionen abgeraten ist, wird am Ende des Buches klar, wo sie echtes öffentliches Eigentum des Staates oder der Kommunen schon gar nicht mehr haben will, was erstaunlicherweise nicht einmal begründet wird. Wagenknechts Alternativen können nicht überzeugen.

Zunächst akzeptiert Wagenknecht die voll haftende Personengesellschaft, die ihre Gewinne rechtmäßig erwerben, weil der Eigner „voll ins Risiko“ (S. 298) gehe. Eine schlüssige Antwort, warum der voll haftende Eigner sich den Mehrwert der Arbeit anderer aneignen darf, bleibt Wagenknecht schuldig. Sie erwähnt nur, es dürfe kein „öffentlichen Zuschüsse, Kreditgarantien, Fördergelder[n] und sonstige[n] Subventionen“ geben. Unklar ist, warum Wagenknecht die Frage der Haftung mit der einer öffentlichen Förderung vermischt. Womöglich steckt dahinter, dass sie die begrenzte private Haftung mit der Gefahr öffentlicher Haftung und Zahlung verbindet. Allerdings ist das nur ein Spezialfall, weil die begrenzte Haftung vor allem die anderen privaten Marktakteure trifft. Der Hauptgeschädigte der begrenzten Haftung ist also nicht der Staat. Ob

Wagenknecht das übersieht, wird nicht klar. Zugleich verliert Wagenknecht kein Wort darüber, dass der Fokus auf volle Haftung Ungleichheit begünstigt: Ein Unternehmen zu gründen ist bei voller Haftung schwer, wenn man keine reichen Eltern, Bekannten oder Glück hat. Die beschränkte Haftung (wie der Kredit), erleichtert es weniger Vermögenden, Unternehmen zu gründen. Aber nicht nur diesen, denn wer will schon im Fall eines Bankrotts lebenslang überschuldet sein?

Im Fall öffentlicher Unterstützung, aber auch allgemein als Unternehmensform sieht Wagenknecht die „Mitarbeitergesellschaft“ vor, die der Mitarbeiterschaft gehören soll, also „niemandem“ persönlich, sondern „sich selbst“ (S. 299). Sie wird dadurch unverkäuflich, Kapitaleinkommen sind eliminiert. Aber wie soll so Kapital für mehr Menschen zugänglich werden? Denn was wäre die Folge: Menschen mit Kapital würden dieses kaum Mitarbeitergesellschaften als Eigenkapital geben, denn sie würden unmittelbar enteignet werden. Sie würden stattdessen in der Regel versuchen, Kapitaleinkommen über Fremdkapital, also Anleihen und Kredite, zu erzielen. Diese erhalten aber weiterhin nur Firmen und Unternehmer, die über Sicherheiten verfügen. Doch selbst wenn so eine Gesellschaft tatsächlich das nötige Eigenkapital auftreibt, würde es auch schlechter an Kredite kommen, weil sein Kapital ja nicht verkäuflich und also nicht als Kreditsicherheit verfügbar wäre. Und im Fall einer Krise könnte sich die Gesellschaft nicht über einen Verkauf retten, was nicht im Sinne der Mitarbeiter wäre. Es würde sicherlich zu mehr Pleiten kommen.

Für „Großunternehmen, die auf Oligopolmärkten anbieten und damit nahezu unvermeidlich über wirtschaftliche Macht verfügen“, soll es die „Öffentliche Gesellschaft“ geben, in der es neben den Mitarbeitern paritätisch Vertreter der öffentlichen Hand gibt. Offensichtlich kann der Markt mit den richtigen Unternehmensformen zu einer unzulässigen Kapital- und Machtkonzentration führen, weil Wagenknecht indirekt fordert, Gesellschaften gegebenenfalls in die Form der „Öffentlichen Gesellschaft“ zu überführen. Wenig hilfreich sind dabei die Beispiele von Wagenknecht: VW und Starbucks. Ist der Automarkt wirklich ein Oligopolmarkt? Und erst der Café-Markt? Offensichtlich geht es Wagenknecht doch darum, dass es gar keine Großkonzerne geben soll, ohne dies wiederum klar auszuführen und zu begründen.

Schließlich soll es für die Bereiche, die sich „nicht für eine kommerzielle Unternehmensführung eignen“ (S. 305) „Gemeinwohlgesellschaften“ geben, die „unter öffentlicher Kontrolle“, aber nicht in öffentlichem Eigentum stehen, sondern wieder „sich selbst“ gehören. Warum das öffentliche Eigentum vermieden werden soll, wird damit begründet, dass der Staat das Unternehmen dann nicht verkaufen könne. Das stimmt zwar, gerät aber zur Tautologie: Der Staat wird daran gehindert, Unternehmen wegzugeben – indem er sie weg gibt. Damit ist das Problem, das Wagenknecht anspricht, aber mitnichten gelöst. Denn da auch diese Unternehmen unter öffentlichen Gesetzen arbeiten, könnten auch sie in ihrem Status verändert und verkauft werden, genauso wie es mit den heutigen öffentlichen Unternehmen allzu oft geschehen ist. Umgekehrt kann man auch dem Staat untersagen, seine eigenen Unternehmen zu verkaufen, wie es beim Wasser in den Niederlanden geschah. Eine Garantie gegen Änderungen ist das zwar genauso wenig, aber es ist Wagenknechts Vorschlag nicht unterlegen. Natürlich kann es Sinn machen, eine unabhängige Gesellschaft ohne direkten Zugriff des Staats zu haben, so wie heute schon bei den Sparkassen. Aber deren (Gemeinwohl-)Bilanz ist trotz vieler guter Seiten nicht glänzend. Erstaunlicherweise setzt sich Wagenknecht nicht mit den Sparkassen auseinander, obwohl sie recht reale Beispiele für ihren Vorschlag einer „Gemeinwohlgesellschaft“ sind.

Wagenknecht ist eine zweifelhafte Ordoliberaler, weil ihr soziales Gewissen sie ständig über die Grenzen dessen hinaustreibt, was man noch als ordoliberal bezeichnen kann. Zugleich untergräbt ihr Beharren auf den Segnungen des Marktes ihre sozialen Ziele. Das gipfelt in der Aussage: „Was muss eine produktive, innovative und zugleich gerechte ökonomische Ordnung leisten? Das kann man kurz in einem Satz zusammenfassen: Sie sollte die Freiheit unternehmerischer Initiative sichern, aber zugleich die neufeudalen Konsequenzen des heutigen Wirtschaftseigentums – leistungslose Einkommen und die Vererbbarkeit der Kontrolle über Unternehmen – vermeiden.“ Und: „Gesellschaften sind umso reicher, je besser sie ihre kreativen und intellektuellen Potentiale nutzen.“ (S. 172) Die Gesellschaft taucht hier nicht auf.